NIEDERSCHRIFT StuB/018/2007

über die Sitzung **des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 03.05.2007 im **Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzender:

Herr Jochen Dübbelde	

Ausschussmitglieder:

Herr Thomas Hagemann	
Herr Florian Heuermann	Vertretung für Herrn Bernhard Kortmann
Herr Willi Krause	
Herr Karl-Heinz Ueding	
Herr Werner Wiesmann	Vertretung für Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz Becks	
Frau Margarete Köhler	Vertretung für Frau Gabriele Mönning
Herr Hans-Joachim Spengler	
Herr Thomas Walbaum	Vertretung für Herrn Klaus Wieling
Herr Ulrich Schlieker	

Vortragender Gast:

Herr Thoms	GfE, Beckum

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks	
Frau Michaela Besecke	
Herr Jürgen Erfmann	
Herr Rainer Hein	
Herr Gerd Mollenhauer	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Herr Dübbelde stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Schlieker teilt mit, dass sowohl Herr Roggenkamp als auch dessen Stellvertreter Herr Dr. Sommer verhindert seien und er die Vertretung übernehme. Er bitte darum, ihm Rederecht zu erteilen.
Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Integriertes ländliches Entwicklungskonzept Region Baumberge
hier: Projektgruppe Innenstadt, Dorfentwicklung und Kultur
Projekt: barrierefreie -bzw. generationengerechte Baumbergeorte

Herr Mollenhauer erläutert ausführlich die Ausführungen in der Sitzungsvorlage. Wenn es gelingen würde, die Fußgängerzone komplett umzugestalten und die Raumaufteilung auf dem Markt zu überdenken, könnte Billerbeck eine Vorreiterrolle unter den Baumbergegemeinden übernehmen. So könnte mehr Kaufkraft nach Billerbeck geholt und die Attraktivität deutlich gesteigert werden. Dabei handele es sich heute aber nur um eine Vision, da keine Aussagen bzw. Zusagen über Fördergelder vorliegen. Heute wolle er das Meinungsbild erfragen, ob tatsächlich bei den weiteren Planungen und Überlegungen die Angelegenheit so komplex wie in der Vorlage beschrieben, angegangen und die komplette Umgestaltung der Fußgängerzone in Betracht gezogen werden solle. Ein Einstieg könnte dabei die Sanierung des Kanals in der Lange Straße sein. Um den Handlungsbedarf deutlich zu machen, zeigt Herr Mollenhauer Fotoaufnahmen vom Busbahnhof, der Situation hinter dem Rathaus und mehrerer Geschäftseingänge in der Fußgängerzone und dem Markt. Sollte der Weg so weiter gegangen werden, dann müssten entsprechend Haushaltsmittel eingestellt werden, denn die im Haushaltsplan jährlich verplanten 20.000,-- € reichten hierfür nicht aus.

Herr Ueding merkt an, dass sich das Vorhaben zwar gut anhöre, wenn es umgesetzt würde, wäre die Lange Straße eine große Baustelle, die viel Geld koste.
Herr Mollenhauer legt dar, dass nicht nur die möglichen ILEK-Fördertöpfe abgeklopft würden, sondern auch versucht werde, Städtebauförderungsmittel zu erhalten. Gerade unter dem Stichwort „Barrierefreiheit“ seien die Aussichten nicht schlecht. Eine Umsetzung ausschließlich mit städt. Mitteln lasse sich aber in nächster Zeit sicherlich nicht realisieren.

Herr Dübbelde erkundigt sich, ob bereits jetzt neue Fördermittel für die Fußgängerzone beantragt werden könnten. Herr Mollenhauer habe eingangs darauf hingewiesen, dass die Fußgängerzone vor ca. 27 Jahren erstellt worden sei.
In neueren Förderrichtlinien gebe es eine Frist von 20 Jahren, so Herr Mollenhauer.

Herr Becks stellt fest, dass Barrierefreiheit gut und wichtig sei. Die Verwaltung habe ein „Riesenprojekt“ vorgestellt. Er wolle wissen, wie konkret die Umsetzung wirklich sei. Dabei sei doch entscheidend, ob überhaupt und wenn ja, wann Fördermittel für die Umgestaltung der Innenstadt fließen werden.

Frau Dirks macht deutlich, dass es um Konzepte und Visionen gehe, denen man sich mit kleinen Schritten nähern wolle. Heute könne man nicht sagen, welche Mittel wann flössen. Wenn allerdings keine Pläne vorhan-

den seien, bestünde auch keine Chance auf Förderung. Sie erinnere an „Ab in die Mitte“, hier hätten die drei Baumbergegemeinden den Zuschlag bekommen, weil der Antrag regionale Ansätze und detaillierte Vorstellungen enthalten habe. Außerdem sei in dem Antrag bereits darauf hingewiesen worden, dass auch Städtebauförderungsmittel beantragt würden. Zudem werde sich die Stadt Billerbeck als Leader-Region bewerben, um Mittel aus dem Europäischen Topf zu bekommen. All diese kleinen Bausteine könnten zum Erfolg führen.

Herr Becks fragt nach, ob es Fördertöpfe gebe, aus denen in den nächsten 2 – 3 Jahren Mittel zu erwarten seien.
Frau Dirks entgegnet, dass es keinen speziellen Fördertopf gebe, sondern die Maßnahme aus verschiedenen Töpfen gefördert werden könnte.

Herr Becks betont, dass er das Projekt nicht verhindern wolle. Sicherlich könnten punktuell Verbesserungen umgesetzt werden. Man könne aber nicht sagen, dass in den nächsten Jahren die gesamte Innenstadt umgestaltet werde.

Wenn die Sache punktuell angegangen werde habe er die große Sorge, dass die Stadtgestaltung leide, so Herr Mollenhauer. Um weiter zu kommen, ohne viel Geld in die Hand zu nehmen, sollen zunächst die Studenten der Fachhochschule Münster eingebunden werden. Hierfür müsse noch kein Förderantrag gestellt werden.

Diesem Weg könne er sich anschließen, so Herr Becks.

Herr Schlieker ist daran interessiert, das Thema voranzutreiben. Es sei gut, ein Gesamtkonzept aufzustellen. Er fragt nach, ob von Seiten der Geschäftsleute und Gastronomen mit einer Unterstützung zu rechnen sei, da ohne deren Mitwirkung viele Projekte nicht umzusetzen seien.

Herr Mollenhauer berichtet, dass die Resonanz in der Mitgliederversammlung der Werbegemeinschaft deutlich positiver als erwartet gewesen sei. Vom Grundsatz her sei absolute Zustimmung signalisiert worden.

Herr Schlieker gibt zu bedenken, dass z. B. die Gastronomen Geld in die Hand nehmen müssten, um ein behindertengerechtes WC zu installieren.

Herr Hagemann bezeichnet die Ideen der Verwaltung als sehr lobenswert. Im Hinblick auf die Finanzen könnten aber nur kleine Schritte gemacht werden. Es lohne sich, weiter daran zu arbeiten und ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Dabei müsse aber klargestellt werden, dass die Umsetzung sehr lange dauern könne, weil es noch keine Zusagen über Fördermittel gebe.

Herr Spengler bringt ebenfalls seine Unterstützung des Vorhabens zum Ausdruck. Im Übrigen freue er sich, dass die Angelegenheit in diesem Ausschuss und an diesem Ort wieder diskutiert werde, weil sie hier ihren Anfang genommen habe.

Auch Frau Köhler spricht sich für das Gesamtkonzept aus, gerade im Hinblick auf die anstehende Kanalsanierung in der Fußgängerzone könnte parallel über eine Neugestaltung nachgedacht werden.

Herr Dübbelde fasst zusammen, dass alle drei Fraktionen der von der Verwaltung vorgestellten Vorgehensweise positiv gegenüber stünden.

Beschluss:
Die dargestellte Vorgehensweise der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. März 2007

Herr Schlieker begründet den Fraktionsantrag. Dabei hebt er hervor, dass z. B. Retentionsflächen in künftigen Baugebieten als Grünfläche integriert werden sollen. Vorhandene Bachläufe, vorhandene Bäume und vorhandene Gehölze müssten von vornherein in die Planung einbezogen werden. Ein weiteres wichtiges Thema sei die Barrierefreiheit. Es sollte komplett auf Hochborde verzichtet und die Pflasterung angepasst werden. Zudem sollte eine bestimmte Anzahl von Grundstücken in Baugebieten für das Mehrgenerationen-Wohnen zur Verfügung gestellt werden. Die Straßen in künftigen Baugebieten sollten als Spielstraßen gestaltet und nicht nur so benannt werden. Sie seien oft zugeparkt.
Auch vor der Festsetzung des Niedrigenergiehausstandards sollte man keine Angst haben, da dieser heute bereits Standard und ohne großen technischen Aufwand möglich sei. Da in diesem Punkt viel Unwissenheit herrsche, schlage er vor, eine Informationsveranstaltung für den Rat und die Ausschüsse sowie für die Öffentlichkeit durchzuführen.

Herr Hagemann hält Herrn Schlieker entgegen, dass Hochborde in keinem neuen Baugebiet mehr zu finden seien. Das führe dazu, dass die Gehwege zugeparkt würden und die Kinder mit ihren Kettcars oder Fahrrädern auf die Fahrbahn ausweichen müssten.
Im Übrigen würden von Jahr zu Jahr neue und schärfere gesetzliche Regelungen erlassen, um Energieeinsparungen zu erzielen. Das sei gut so und dabei solle es auch bleiben. Die Bauwilligen sollten in Billerbeck so bauen können, wie es nach den gesetzlichen Bestimmungen möglich sei. Bisher habe man bei der Planung von Baugebieten immer Wert darauf gelegt, dass die Straßen in Absprache mit den Bürgern gebaut werden, auch das solle so bleiben. Auch seien in den Baugebieten Bereiche ausgewiesen worden, in denen spezielle Bauformen realisiert werden konnten. Auch das solle beibehalten werden. Er lehne über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende weitere Festsetzungen ab. Die freiwillige zusätzliche Energiedämmung solle den Bauherren überlassen bleiben.

Herr Becks merkt an, dass selbstverständlich gesetzliche Vorgaben eingehalten werden müssten. Wenn neue Baugebiete entwickelt würden, dann werde über die Festsetzungen immer in diesem Ausschuss diskutiert. Herr Schlieker habe einige Dinge angeführt, die bereits im HFA an-

gesprochen worden seien. Die Verwaltung sei daraufhin beauftragt worden, die in den Nachbargemeinden bestehenden Bonussysteme zu recherchieren und dem HFA vorzulegen. Ob ein solches System in Billerbeck eingeführt werde, hänge sicherlich auch von der jeweiligen Größe und der Lage des Baugebietes ab. Er sehe heute keinen Handlungsbedarf; eine Beschlussfassung über den Fraktionsantrag sei nicht erforderlich.

Frau Dirks macht deutlich, dass man bisher mit der behutsamen Entwicklung neuer Baugebiete gut gefahren sei. Sie habe allerdings den Eindruck, dass es noch Informationsbedarf bzgl. des Klimaschutzes und der Energiekosten gebe. Sie könne sich deshalb vorstellen, die Bauwilligen evtl. in Zusammenarbeit mit Unternehmen und der Kreishandwerkerschaft z. B. über Niedrigenergiehausstandards, Holzpelletsheizungen und die Fördermöglichkeiten zu informieren. Was die Bauherren hinterher daraus machten, sei ihnen dann überlassen.

Nach abschließender Erörterung stellt Herr Dübbelde die Punkte a) und b) des Fraktionsantrages von Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung. Diese werden mit **1 Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen abgelehnt**.

3. Antrag auf Errichtung einer Garage am Johanniskirchplatz

Aufgrund verschiedener Nachfragen wird verwaltungsseitig klargestellt, dass nur ein öffentlicher Stellplatz wegfalle und sich die übrigen Parkplätze lediglich verschöben.

Nach kurzer Erörterung fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:
Zu der Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Sanierungsgebiet Ib, 2. Änderung“ für die Errichtung einer Garage wird unter den beschriebenen Voraussetzungen das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB erteilt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Abweichung von der Gestaltungssatzung für die Erweiterung einer Dachgaube

Ohne weitere Erörterung schließt sich der Ausschuss dem Verwaltungsvorschlag an und fasst folgenden

Beschluss:
Dem Antrag auf Abweichung nach § 73 Abs. 1 BauO NRW von der Gestaltungssatzung für die Erweiterung einer Dachgaube wird zugestimmt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

5.1. Ausschilderung von Reitwegen - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer berichtet, dass ein Schwerpunktthema der Gemeinde Rosendahl im Rahmen des ILEK-Projektes die Ausschilderung von Reitrouten sei. Im Zuge dieses Projektes sei die Gemeinde Rosendahl an die Stadt Billerbeck herangetreten, weil ein Reitweg, der als Rundweg angelegt und im Bereich der Weißenburg über eine Radwegetrasse auf Billerbecker Gebiet führen solle. Verwaltungsseitig werde hierin kein Problem gesehen.

Im Rahmen der einsetzenden Erörterung werden seitens der Ausschussmitglieder verschiedene Fragen aufgeworfen und der Wunsch nach Vorlage einer Skizze, in der die geplante Reitwegetrasse dargestellt ist, geäußert. Schließlich besteht Einigkeit darüber, dass die Angelegenheit in der nächsten Sitzung als Tagesordnungspunkt beraten werden soll.

6. Anfragen

6.1. Garage an der Kampstraße - Herr Becks

Herr Becks erkundigt sich nach dem Sachstand der illegalen Baumaßnahme an der Kampstraße.
Frau Besecke berichtet, dass die Bauaufsicht des Kreises Coesfeld auf ihre heutige Nachfrage hin mitgeteilt habe, dass die Antragstellerin angekündigt habe, dass sich eine Lösung mit dem Nachbarn abzeichne. Das Gebäude könnte als Nebengebäude genehmigt werden, wenn ein Ersatzstellplatz auf dem Grundstück nachgewiesen werde. Wenn sich in nächster Zeit nichts tue, wolle der Kreis eine Frist setzen.

6.2. Umbaumaßnahme am Feuerwehrgerätehaus - Herr Heuermann

Herr Heuermann führt an, dass seitens der Verwaltung Umbaumaßnahmen im Feuerwehrgerätehaus zugesagt worden seien, um der Jugendfeuerwehr neue Umkleideräume zur Verfügung zu stellen. Zurzeit seien alle Umkleideplätze belegt, so dass die Jugendfeuerwehr keine neuen Mitglieder aufnehmen könne.
Herr Erfmann weist darauf hin, dass die Herstellungskosten höher als die zur Verfügung stehenden Mittel seien und man insofern auf die Mithilfe

der Feuerwehr hoffe. Diesbezüglich sei noch eine Absprache erforderlich. Die Kostenkalkulation liege der Feuerwehr mit der Bitte um Abstimmung der weiteren Vorgehensweise vor.

6.3. Baubeginn des Radweges Beerlager Straße/Sanierung des Eisenbahnwaggons durch die IBP - Herr Hagemann

Herr Hagemann erkundigt sich, wann mit dem Bau des Radweges Beerlager Straße begonnen werde und wann der IBP die Aufarbeitung des Eisenbahnwaggons plane.
Herr Mollenhauer führt zur Herstellung des Waggons aus, dass heute in der Presse zu lesen sei, dass die beantragten Fördergelder nicht bewilligt worden seien, der IBP aber den Waggon in eigener Regie sanieren werde.
Zum Radweg Beerlager Straße teilt Herr Mollenhauer mit, dass in den nächsten Wochen die Ausschreibung erfolge und die Vergabe noch vor den Sommerferien geplant sei.

6.4. Radweg nach Havixbeck - Herr Wiesmann

Herr Wiesmann erkundigt sich, wann das letzte Teilstück des Radweges vom Rosengarten bis Poppenbeck gebaut werde.
Herr Mollenhauer berichtet, dass der Radweg auf Platz 3 in der Gesamtliste des Regionalrates und auf Platz 1 der Liste des Landesbetriebes stünde. Zurzeit werde die Bewilligung der Mittel abgewartet. Es sei zu erwarten, dass spätestens im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen werde.

Jochen Dübbelde	Birgit Freickmann
Ausschussvorsitzender	Schriftführerin